

caritas



Deutscher
Caritasverband e.V.

Präsident

Postfach 4 20, 79004 Freiburg
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Telefon-Zentrale 0761 200-0

Ihr Ansprechpartnerr
Dr. Peter Neher
Telefon-Durchwahl 0761 200-215
Telefax 0761 200-11402
Peter.Neher@caritas.de
www.caritas.de

Datum
11.12.2019

Vortrag

**„Versteckte Armut und offensichtliche Not.
Mehr als eine gesellschaftliche Herausforderung.“
Auftaktveranstaltung Spendenaktion „Hilfe für Nachbarn“
Hof, 11. Dezember 2019**

Sehr geehrte Damen und Herren,

als erstes bedanke ich mich sehr herzlich für die Einladung zur heutigen Auftaktveranstaltung der Spendenaktion „Hilfe für Nachbarn“ hier in Hof. Das Anliegen, Hilfebedürftigen in der Region zu helfen, macht für mich zwei Dinge deutlich. Zum einen braucht gesellschaftlicher Zusammenhalt die Bereitschaft vieler, sich einzusetzen und Gutes zu tun. Und zum anderen wird dieser Zusammenhalt, über den wir immer wieder abstrakt reden, vor allem vor Ort gelebt oder nicht.

„Versteckte Armut und offensichtliche Not. Mehr als eine gesellschaftliche Herausforderung.“ So die Überschrift für meine Überlegungen heute Abend. Denn die Bekämpfung und Prävention von Armut hat existenziell mit Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt zu tun. Nur wenige haben dies für mich so pointiert auf den Punkt gebracht wie der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg: „Wie hält es die Mitte mit ihren Rändern? Es ist weise und klug, so zu fragen, denn die Ränder bestimmen die Form einer Gesellschaft. Von den Rändern entwickelt sich ihre Lebensform oder stirbt ab, dort sitzt der Tastsinn für das Neue, das auf sie zukommt.“

Armut und Ausgrenzung, oder anders formuliert, das Leben am Rande der Gesellschaft sind zentrale Herausforderungen unserer Gesellschaft – in der es durchaus Gott sei Dank Vielen gut geht. Eine Gesellschaft aber zeigt ihre Menschlichkeit gerade im Umgang mit denjenigen, die oft im Verborgenen und abseits der medialen Öffentlichkeit leben.

In vier Schritten möchte ich mich dem Thema heute Abend nähern:

1. Armut ist mehr als materielle Armut
2. Wie lässt sich Armut messen?
3. Gründe für Armut
4. Ansätze zur Armutsbekämpfung

1. Armut ist mehr als materielle Armut

Wir benutzen den Begriff Armut häufig in Diskussionen und verbinden damit eigene Erfahrungen und Bilder. Seien es die Rohingya aus den Flüchtlingslagern Bangladeschs, von Menschen in den Slums von Nairobi oder sei es der Obdachlose, der mir vermutlich auch in Hof begegnen kann. Armut ist vielfältig und hat viele Gesichter.

Viele Menschen in Armut nehmen wir aber gar nicht wahr. Wenn etwa eine Familie in der Nachbarschaft lebt, die nie in Urlaub fahren kann. Oder wenn ein Kind nicht mit ins Schwimmbad oder ins Kino geht, weil das Geld der Familie hierfür nicht reicht. Armut ist auch in einem reichen Land wie Deutschland eine Herausforderung, die es wahr- und ernst zu nehmen gilt. Gleichzeitig sollten wir uns davor hüten so zu tun, als würde es der Gesellschaft insgesamt immer schlechter gehen. Wenn wir die Mittelschicht unserer Gesellschaft als von Armut bedroht definieren, laufen wir Gefahr, diejenigen zu übersehen, die wirklich arm sind und Hilfe benötigen.

Von daher ist es sinnvoll, sich zunächst klarzumachen von was wir eigentlich reden, wenn wir von Armut sprechen. Auf meinen Auslandsbesuchen bin ich immer wieder mit extremster Armut konfrontiert. So bin ich im Frühjahr in Kenia Menschen in Slums begegnet, die in absolut unwürdigen Verhältnissen leben müssen, ohne eine vernünftige Gesundheitsversorgung und unter hygienisch katastrophalen Verhältnissen. In diesen Fällen sprechen wir von absoluter Armut. Hier sind Menschen an Leib und Leben bedroht, weil sie nicht genug zu essen haben oder krank sind und sich die nötige medizinische Versorgung nicht leisten können. Die Weltbank sieht hier 1,25 US-\$ pro Tag als absolute Armutsgrenze an.

In einem reichen Land wie Deutschland begegnet uns Armut anders. Sie muss auf die Lebensverhältnisse bezogen werden. Als arm gilt, so die Festlegung des Rates der Europäischen Union, wer über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügt, dass er von der Lebensweise ausgeschlossen ist, die in einem Land als Minimum angenommen wird. Damit wird deutlich, dass sich Armut nicht nur am Einkommen zeigt, sondern auch an der Wohnsituation, den sozialen Netzwerken und den Zukunftsperspektiven. Der Mangel an Gütern ist das eine, mindestens genauso gravierend ist die immaterielle Armut, eine mangelnde soziale und kulturelle Teilhabe.

Am Beispiel von Familien mit Kindern heißt das, dass sie möglicherweise keinen eigenen Schreibtisch oder keinen Zugang zu einem Computer haben; dass Besuche im Kino, Theater oder von Konzerten kaum möglich sind; dass Sportvereine trotz Unterstützung häufig zu teuer sind; dass an Urlaub nicht zu denken ist; oder dass die schlechte materielle Situation oder die Arbeitslosigkeit der Eltern zum alles beherrschenden Thema in der Familie werden. Eltern und Kinder leiden darunter gleichermaßen.

2. Wie lässt sich Armut messen?

Auch wenn mangelnde Teilhabe eine entscheidende Komponente von Armut ist, lässt sich diese nur schwer messen. Von daher wird häufig das Einkommen eines Haushalts herangezogen. Üblich sind insbesondere zwei Messmöglichkeiten.

Eine Möglichkeit ist die sogenannte Armutsrisikoquote. Demnach gelten alle Haushalte als von Armut bedroht, deren Einkommen unterhalb einer Schwelle von 60 % des mittleren äquivalenzgewichteten Einkommens liegen. Für eine alleinstehende Person liegt diese Schwelle bei ca. 1.000 €, bei einer vierköpfigen Familie je nach Alter der Kinder zwischen 1.900 und 2.500 € im Monat. Wer dauerhaft ein Einkommen unterhalb dieses Wertes hat, läuft Gefahr, nicht mehr an dem teilnehmen zu können, was in unserer Gesellschaft als normales Leben verstanden wird.

Auch wenn diese Quote auf den ersten Blick einleuchten mag, ist sie dennoch mit Vorsicht zu genießen. Laut EU-Definition waren im Jahr 2018 in Deutschland rund 13 Mio. Menschen armutsgefährdet. Das entspricht 16 % der Bevölkerung. Das ist jedoch nicht mit Armut gleichzusetzen, wie das häufig im allgemeinen Sprachgebrauch geschieht. So fallen beispielsweise auch viele Studenten und Auszubildende darunter. Viele von ihnen müssen während ihrer Ausbildung mit wenig Geld auskommen, aber sie haben in der Regel eine entsprechende persönliche und berufliche Perspektive, die sie vor Armut schützen wird. Trotzdem handelt es sich bei der Armutsrisikoquote um ein sinnvolles Instrument, wenn sie denn im richtigen Sinn verstanden und verwendet wird. Denn sie hilft über die Zeit zu erfassen, wie sich eine wichtige Dimension unserer Gesellschaft verändert, nämlich die Einkommensverteilung am unteren Rand.

Der zweite übliche Weg, Armut zu erfassen, ist die Zahl derjenigen, die auf Grundsicherung für Arbeitsuchende – das sogenannte „Hartz IV“ – angewiesen sind, auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das politisch festgelegte soziokulturelle Existenzminimum liegt in aller Regel unter den eben erwähnten Einkommensschwelen. Etwa 7,5 Mio. Menschen, rund 9 % der Bevölkerung, sind derzeit hierauf angewiesen. Den Löwenanteil davon machen Menschen aus, die Leistungen nach dem SGB II, das sogenannte „Hartz IV“, beziehen. Im Jahr 2019 sind das knapp sechs Mio. Menschen. Circa eine Mio. Menschen bezogen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, 411.000 Menschen bezogen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

So wichtig diese Berechnungen sind, so sehr konzentrieren sie sich auf die materielle Komponente von Armut. Das hat auch seinen guten Grund. Menschen brauchen ein auskömmliches und regelmäßiges Einkommen, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb setzt sich der Deutsche Caritasverband beispielsweise für eine Erhöhung der Grundsicherungsleistungen ein. So ist der Regelbedarf noch immer nicht auskömmlich berechnet, was sich z. B. bei der unzureichenden Berücksichtigung von Energiekosten zeigt.

Darüber hinaus entstehen neue Bedarfe, die berücksichtigt werden müssen. Viele Dienste, wie etwa die von Behörden, kann man heute nur noch online abrufen. Dafür brauchen die Menschen aber die entsprechenden Geräte. Diese sind im Regelsatz bisher nur unzureichend berücksichtigt.

Auch ist eine Klimakomponente notwendig, denn die sozialen Folgekosten der Klimawende müssen mit berücksichtigt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat vor kurzem deutliche Grenzen für die Leistungskürzungen beim ALG II aufgezeigt. Es gibt eine bestimmte materielle Untergrenze, unterhalb derer ein Leben in Würde nicht möglich ist. Diesen Grundsatz gilt es nun schnell umzusetzen. Es muss klar geregelt werden, dass die Kosten der Unterkunft nicht gekürzt werden dürfen. Denn das führt schlimmsten Falls zum Wohnungsverlust und zu Obdachlosigkeit. Abgeschafft werden müssen auch die Sondersanktionen für Jugendliche, die einen kompletten Leistungsentzug ermöglichen.

Sanktionen dürfen nicht als Strafe eingesetzt werden. Es muss vielmehr darum gehen, Hilfebedürftigkeit zu verringern und Menschen dabei zu unterstützen, dass sie das selbst in die Wege leiten können.

Dies wird aber nur gehen, wenn wir uns verbunden mit den materiellen Fragen auch damit beschäftigen, was Menschen sonst noch brauchen, dass sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir sind gerade in schwierigen Situationen auf Begegnungen und ein Miteinander angewiesen. Umso schlimmer, wenn sich Menschen aus der Gesellschaft zurückziehen und vereinsamen. Sei es weil mit einer schlechteren finanziellen Situation Beziehungen verloren gehen; sei es, weil Menschen glauben, sie brauchen niemanden. Dieser Verlust kann eine trau-

rige Spirale in Gang setzen, gerade weil Beziehungen auch Hilfe und Unterstützung etwa bei der Jobsuche bedeuten können. Oftmals ist Armut nach außen aber nicht für jedermann sichtbar und zeigt sich z. B. in einem schlechteren Gesundheitszustand oder einer geringeren Lebenserwartung.

Diese unterschiedlichen Armutserfahrungen führen dazu, dass für viele von Armut betroffene Menschen das Gefühl schwindet, das eigene Leben noch selbst und würdevoll gestalten zu können.

3. Gründe für Armut

Die Gründe, warum Menschen in Armut geraten, sind vielfältig. Mit der Arbeitslosigkeit ist das höchste Armutsrisiko verbunden. Aber es ist nicht die Arbeitslosigkeit allein. Wer während seinem aktiven Berufsleben arm war, ist es meist auch im Alter.

Aktuell sind, wie schon gesagt, etwa 16 % der Bevölkerung in Deutschland von Armut bedroht, bei Alleinerziehenden liegt der Anteil bei über einem Drittel. So traurig es ist: Kinder haben stellt in Deutschland ein Armutsrisiko dar. Während Familien mit einem oder zwei Kindern ein durchschnittliches Armutsrisiko haben, sind Familien mit drei und mehr Kindern überdurchschnittlich betroffen. Diese Gruppe trifft zusätzlich die sich seit Jahren zuspitzende Wohnungsproblematik. Vor allem in Großstädten ist Wohnraum knapp und die Mieten sind in vielen Regionen extrem gestiegen. Familien ziehen zunehmend aus großen Städten weg, weil sie sich den Wohnraum nicht mehr leisten können. Gleichzeitig sind sie in einem hart umkämpften Wohnungsmarkt häufig im Nachteil. Ich denke, dass Sie alle Geschichten kennen, wo Familien Absagen bekommen, nur weil sie Kinder in eine Wohnung mitbringen würden.

Nicht ohne Grund kommen zwei Gruppen besonders häufig in öffentlichen Debatten vor, wenn von Armut die Rede ist: Kinder und alte Menschen. Die derzeitige Rentnergeneration weist – anders als häufig vermutet – kein überdurchschnittliches Armutsrisiko auf. Rund 3 % der Menschen im Rentenalter beziehen Grundsicherung. Viel häufiger sind alte Menschen von verdeckter Armut betroffen. Es wird jedoch erwartet, dass Altersarmut in der Zukunft steigen wird. Ursächlich hierfür ist die zunehmende Zahl unterbrochener Erwerbsbiografien. Nach wie vor sind Frauen stärker betroffen. Sie sind es, die häufiger wegen der Familie aus der Erwerbsarbeit aussteigen. Für eine künftig steigende Armut im Alter sind aber auch die größere Spreizung der Lohnstruktur mit Niedriglohnsektor und die zunehmende Anzahl der Einpersonenhaushalte verantwortlich.

Eine aktuell große Herausforderung stellt die Armut von Kindern dar. So hat beispielsweise das Deutsche Kinderhilfswerk Anfang November darauf hingewiesen, dass Kinder in Deutschland häufiger von Armut betroffen sind als Erwachsene. Knapp 14% der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren sind auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Hier gibt es regionale Unterschiede. Dennoch sollte diese Zahl aufrütteln. Die Bertelsmann Stiftung hat sich in einer Studie mit dem Alltag dieser Kinder beschäftigt. Sie hat dabei festgestellt, dass in diesen Familien in der Regel die elementaren Güter, wie eine warme Mahlzeit pro Tag, die pünktliche Miete und grundlegende Wohnstandards gegeben sind. Armutsgefährdete Familien leben aber häufig in beengten oder feuchten und damit schimmelgefährdeten Wohnungen. Als problematisch stellte sich auch heraus, dass diese Familien kaum etwas ansparen können.

4. Ansätze zur Armutsbekämpfung

Bei seiner sozialpolitischen Arbeit profitiert der Deutsche Caritasverband als Spitzenverband immer wieder von der Erfahrung der Caritas vor Ort, zum Beispiel den Erfahrungen in Beratungsstellen. Oft genug zeigen sich erst hier Lücken, die vom Gesetzgeber so nicht beabsichtigt waren und die es zu korrigieren gilt. Die Rechte der Betroffenen gilt es entsprechend vor Ort durchzusetzen aber auch gegenüber den politischen Stellen zu thematisieren oder proaktiv

Vorschläge einzubringen.¹ Von daher gehört es zur politischen Arbeit, Sachverhalte zu analysieren, um so Argumente für politische Debatten bereitzustellen und zu einer Versachlichung der Debatten beizutragen.

So beobachten wir seit langem, dass sich Armut tendenziell verfestigt. Es ist schwieriger geworden, sich aus materieller Armut oder sozialer Isolation zu befreien. Armutspolitik muss hier ansetzen, präventiv agieren, soziale Mobilität stärken und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen unterstützen. Gerade im Bildungssystem läge ein Schlüssel um mehr Chancengerechtigkeit zu realisieren.

Die Caritas-Bildungsstudie wertet jährlich die Zahl derjenigen Jugendlichen aus, die ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen. Bundesweit stieg die Quote von 5,9 % im Jahr 2015 auf 6,9 % im Jahr 2017. Eine Erklärung für diesen Anstieg könnte die Zuwanderung sein. Für viele der Jugendlichen ist es schwer, gleichzeitig die Sprache zu lernen und einen Schulabschluss zu erzielen. Auch die schulische Vorbildung der Jugendlichen ist sehr unterschiedlich. Da sich die Zuwanderung regional sehr unterschiedlich verteilt und die Regelungen zur Beschulung unterschiedlich sind, erschwert das die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Bundesländern und Kreisen. Hof liegt übrigens leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Demnach stieg die Zahl von 4,4 % auf 5,9 %, während der Anteil ausländischer Schüler an allgemeinbildenden Schulen von 3,8 % auf 6,1 % anstieg.

Auch wenn man die Besonderheiten berücksichtigt, zeigen sich immer wieder erstaunliche Unterschiede zwischen den Kreisen. Die Spanne liegt zwischen mehr als jedem 10. Kind, das die Schule ohne Abschluss verlässt und denen, bei dem nur jedes 50. Kind betroffen ist. Als erfolgreich haben sich Kooperationsstrukturen zwischen den Beteiligten, frühe, präventive Unterstützung der Kinder und ihrer Familien, verlässliche Schulsozialarbeit, intensive Begleitung schulmüder Jugendlicher, sowie eine frühe Berufsorientierung erwiesen. Dort, wo Verantwortliche vor Ort an einem Strang ziehen, gelingt es weit besser, die Bildungschancen von jungen Menschen zu erhöhen.

Ebenso wichtig ist es aber, soziale Teilhabe für Kinder- und Jugendliche zu ermöglichen. Wir brauchen ein Netz befähigender Angebote auch außerhalb der Schule wie Sportangebote oder Musikvereine. Städte, die beispielsweise für den Schwimmbadbesuch kostendeckende Eintrittspreise verlangen, schließen arme Familien aus. Es muss uns aufhorchen lassen, wenn weniger Kinder – darunter viele arme Kinder – heute nicht mehr schwimmen lernen.

Mit Blick auf die zunehmende Zahl unterbrochener Erwerbsbiografien, die häufiger Frauen trifft, brauchen wir eine viel höhere gesellschaftliche Wertschätzung und gute Rahmenbedingungen für die sogenannte Care-Arbeit. Dazu zählen Haushalts-, Erziehungs-, Pflege-, Bildungs- und Fürsorgearbeit, die gerade auch innerhalb der Familien geleistet wird. In keiner Familie darf zum Beispiel die Geburt eines Kindes ein existenzielles finanzielles Risiko darstellen, weil ein Elternteil eine längere Auszeit vom Beruf nehmen will. Andererseits müssen Eltern auch auf die nötige Infrastruktur zählen können, zum Beispiel eine Kita mit vernünftigen Öffnungszeiten, wenn sie schnell wieder in den Beruf einsteigen wollen. Auch hier brauchen wir grundsätzlich eine gezieltere Unterstützung, als das aktuell der Fall ist. Außerdem sollten unterstützende Angebote wie Frühe Hilfen, sozialpädagogische Familienhilfen sowie Erziehungs- und Lebensberatung flächendeckend erreicht werden können.

Bei einem Blick auf die öffentlichen Diskussionen gewinnt man derzeit den Eindruck, dass bei vielen Menschen das Gefühl vorherrscht, dass es in Deutschland immer ungerechter zugeht. Betrachtet man dabei die zeitliche Entwicklung, so hat die Einkommensungleichheit ab den

¹ Vgl. Clarita Schwengers und Julia Zürcher, Strategie gegen Armut und Ausgrenzung, in neue caritas 11/2016, 22.

1990er Jahren bis etwa 2005 tatsächlich stark zugenommen. Seit Mitte der 2000er Jahre stagniert sie jedoch mit leichten Schwankungen auf dem 2005 erreichten Niveau. Die Vermögensverteilung ist dagegen weit ungleicher als die Einkommensverteilung. Während Deutschland bei der Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich eine mittlere Position einnimmt, ist die Vermögensungleichheit extrem hoch. Die reichsten 10 % der Erwachsenen besitzen über die Hälfte des Vermögens in Deutschland (ohne Berücksichtigung der Altersvorsorgeansprüche), während die untere Hälfte der erwachsenen Bevölkerung durchschnittlich nur über rund ein Prozent verfügt. Und das wird sich angesichts des großen zu vererbenden Vermögens in den nächsten Jahren noch verschärfen. Da ist es verständlich, dass viele das Gefühl haben, es gäbe eine Schiefelage. Der Monate lange Streit um die Grundrente hat hier Zweifel sicherlich nicht ausgeräumt.

Dass ein so wichtiges Thema wie die Vermeidung von Altersarmut und die Würdigung der Leistung der Älteren lange Zeit nur noch ein Vorwand für Koalitionsgezänk zu sein schien, hat mich mehr als befremdet. Ich freue mich deshalb, dass sich die Koalitionsparteien mittlerweile zu einem Kompromiss durchgerungen haben. Die gefundene Lösung kann einen wertvollen Beitrag zum Schutz vor Altersarmut leisten. Es ist gut, dass auf eine Bedürftigkeitsprüfung verzichtet wurde, denn die Sozialversicherungslogik der gesetzlichen Rentenversicherung kennt eine solche Prüfung nicht. Gleichzeitig sollen nur jene davon profitieren, die es nötig haben; Zielgenauigkeit ist angesagt. Durch die automatische Einkommensprüfung werden die Menschen mit niedrigem Einkommen in den Blick genommen, die sonst auf Grundsicherung angewiesen wären. Das automatische Verfahren erspart ihnen einen Gang zum Amt. Vor einem solchen schrecken nämlich viele Menschen ab, und das führt zu verdeckter Armut. Gleichwohl muss man festhalten, dass die Anforderung von 35 Beitragsjahren als Voraussetzung für die Grundrente eine hohe Hürde darstellt. Hier wird man sehr genau sehen müssen, ob diese Grenze wirklich gut gewählt ist. Umso mehr begrüße ich, dass die Koalition eine Wirkungsprüfung vereinbart hat, um dieses Problem im Auge zu behalten.

All diese Punkte sind wichtige Komponenten, um wirksam etwas gegen Armut zu tun. Dennoch ist es das A und O für Menschen, arbeiten zu können. Denn Arbeit ist mehr als Gelderwerb. Arbeit schafft Lebenssinn, bringt Menschen in Kontakt miteinander und führt zu persönlicher Zufriedenheit. Von daher müssen wir langzeitarbeitslose Menschen gezielter und individueller fördern. Sie brauchen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, damit sie entsprechend ihrer Möglichkeiten arbeiten können.

Neben der politischen Arbeit ist unsere Gesellschaft auf die vielen Angebote der Sozialverbände, aber auch auf spontane Hilfsaktionen angewiesen. Diese konkrete Hilfe wird oft an den Stellen geleistet, wo staatliche Regelungen und Auffangnetze nicht mehr oder zu langsam greifen. Dies gilt gerade auch für Initiativen wie die Hilfe für Nachbarn hier in Hof. Das gilt aber auch für Einrichtungen wie Pflasterstuben, die wohnungslose Menschen als Tages- oder Beratungsstätte mit professioneller Hilfe nutzen können; oder für präventive Initiativen wie Patenschaften für Jugendliche, die sich in der Ausbildung befinden oder Hausaufgabenbetreuungen und Vorlesepatenschaften.

Wie ich zu Beginn eingeführt habe, entscheidet sich die Menschlichkeit einer Gesellschaft im Umgang mit ihren Rändern. Hier sind gerade auch Sozialverbände wie die katholische Caritas aktiv. Dabei stellt sich durchaus die Frage wie zutreffend dieses Bild des Randes aus der theologischen Perspektive ist. So stellte schon vor Jahren der damalige Würzburger Pastoraltheologe Rolf Zerfaß treffend fest: "Wer sich denen zuwendet, die nach den Maßstäben unserer Gesellschaft ‚unten‘ und ‚am Rand‘ stehen, befindet sich nur aus der Kirchturmperspektive an der Peripherie. Aus der Perspektive des Reiches Gottes aber ist dies kein Randbereich, sondern die eigentliche Frontlinie zwischen Licht und Finsternis; das Milieu, in dem die Menschen

leben und leiden, fallen und aufstehen. [...] Wer dort lebt und, so gut er kann, sich zum Nächsten derer macht, die keinen Nächsten haben (vgl. Lk 10,36.), darf wissen, dass er das Äußerste tut, was uns Menschen möglich ist. Denn er macht Gott in dieser Welt gegenwärtig.“²

In diesem Sinn danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Prälat Dr. Peter Neher
Präsident des Deutschen Caritasverbandes

² Zerfaß, Rolf (1992): Lebensnerv Caritas. Helfer brauchen Rückhalt, 94 f.